



(Es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Dame und Herren des Verwaltungsvorstandes, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Rates, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

in Zeiten wie diesen fällt es bisweilen schwer, eine nüchterne Bilanz der unmittelbaren Vergangenheit zu ziehen, sind doch Medien und öffentliche wie private Wahrnehmung vieler Bürgerinnen und Bürger von Meldungen über Krieg, Flucht und Vertreibung geprägt. Ein weit verbreitetes Gefühl schwindender Sicherheit und eine unabsehbar unberechenbar gewordene Zukunft prägen das Lebensgefühl vieler Menschen. Da ist es gleichermaßen erschreckend wie verständlich, wenn immer größere Teile der Bevölkerung Zuflucht suchen bei den wohlfeilen, bis ins Verbrecherische reichenden Parolen der Rattenfänger, vornehmlich vom rechten Rand des politischen Spektrums. Blicken wir dabei auf die Situation hier vor Ort bei uns in Rheine, so können wir auf jeden Fall in einer Hinsicht ein positives Fazit ziehen. Die insgesamt hervorragenden Maßnahmen unserer Verwaltung nicht nur rund um die Fachabteilung „Migration“, das tatkräftige und unermüdliche Engagement vieler Ehrenamtler aus Vereinen, Kirchen und freien Initiativen haben trotz der hohen Zahl von Menschen, die im vergangenen Jahr Zuflucht bei uns gesucht und gefunden haben, dafür gesorgt, dass Rheine seine „Willkommenskultur“ nicht nur propagiert, sondern auch gelebt und umgesetzt hat. Alle, die daran beteiligt waren und noch sind, können stolz auf die erbrachte Leistung, auf die unerhörte Kraftanstrengung sein. Sicher –und da muss man kein Prophet sein- liegen auch im Jahr 2016 und in den Folgejahren in dieser Hinsicht noch wahre Herkulesaufgaben vor uns. Aber bereits jetzt haben wir gezeigt: „Wir können das schaffen!“ – wenn Bund und Länder ebenfalls ihre „Hausaufgaben“ so erledigen, wie es von ihnen erwartet werden kann. Bei all den tagesaktuell anstehenden Problemen müssen wir uns dennoch vergegenwärtigen, dass die anstehenden Gesamtaufgaben in unserer Kommune nicht vor den beherrschenden Fragen zu Flucht, Migration und Integration aus dem Blick verschwinden oder in den Hintergrund geraten dürfen.

Die Eckpunkte des Haushalts sind, wie ich schon vorab annehmen darf, bereits mehrfach dargestellt. Als 5. Redner zu diesem Tagesordnungspunkt darf ich das aus der Erfahrung der vergangenen Jahre sicher vermuten. Ich vermute auch –wohl nicht zu Unrecht-, dass der eine oder andere meiner Vorredner bereits mit breiter Brust ausgeführt hat, welch enormen Anteil seine Fraktion dafür beansprucht, dass es –betrachtet man das reine Zahlenwerk des vorliegenden Haushaltsentwurfes- in diesem Jahr nicht ganz so dramatisch aussieht wie noch vor Jahresfrist. Denn in der Tat: Die Schere zwischen Erträgen und Aufwendungen klafft in diesem Jahr nicht so dramatisch weit auseinander wie im Jahr 2015! Auch die erwartete Entwicklung für den Finanzplanungsraum der Folgejahre lässt zarte Hoffnung keimen, eine Richtungsumkehr –weg vom unausweichlichen Weg in die Pleite- sei erreicht.

Dennoch: Von Entwarnung kann keine Rede sein!!!

Die Ergebnisse des sogenannten „Tragfähigkeitsberichtes“, den die Bundesregierung in dieser Woche vorstellen wird, zeigt deutlich, wohin sich die Staatsfinanzen entwickeln werden, wenn nicht in kürzester Zeit ein radikales Umsteuern gelingt. So heißt es dort unter anderem, dass ohne frühzeitiges Gegensteuern die Gefahr wachse, dass die demographische Alterung zu einer nicht tragfähigen Schuldenentwicklung führe, dass der Schuldenstand des Staates nur dann dauerhaft in der Nähe der Maastricht-Grenze von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung bleibe, wenn sich die Geburtenrate außerordentlich günstig entwickle. In einem weniger günstigen Szenario, das von den Experten des Finanzministers durchgerechnet wurde, würde der Schuldenstand bis zum Jahr 2060 auf über 200 Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigen, ein Wert, der in etwa dem Stand der Staatsverschuldung Griechenlands aus dem Jahre 2015



entspricht. Im günstigsten Falle müsste vom laufenden Jahr angefangen bis zum Jahr 2020 jährlich 7 Mrd. Euro weniger ausgegeben oder durch Mehreinnahmen in gleicher Größenordnung eingenommen werden. In ungünstigeren Szenarien müsste dieser Wert verdreifacht werden-Minderausgaben oder Mehreinnahmen von mehr als 20 Mrd. Euro **jährlich**, allein für die nächsten Jahre bis 2020.

Was bedeuten diese Zahlen für unsere Kommune, für Rheine im Jahre 2016 und für die Folgejahre? Zumindest kann man – selbst wenn man die miserable Finanzlage der Länder, insbesondere unseres Landes NRW zunächst einmal ausblendet- mit größter Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass eine Umverteilung der riesigen Lasten von den Kommunen auf die Ebene des Bundes nicht zu erwarten ist. Die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen, der Bau und Unterhalt von Bildungseinrichtungen von der KiTa, über die Grundschule bis hin zu den Schulen der Sekundarstufe I und II, das gesamte periphere Bildungswesen einer Kommune (Volkshochschule, Musikschule, Stadtbibliothek und weitere Einrichtungen) werden in zunehmendem Maße von den Kommunen zu schultern sein, wenn nicht gar auf Dauer ausschließlich. Von den immensen Transferleistungen für die Bereiche Arbeitslosigkeit, Jugend- und Familienhilfe, Unterstützung für bezahlbaren Wohnraum spreche ich hier gar nicht ausdrücklich, fallen diese Ausgaben doch in den Bereich der sogenannten Pflichtaufgaben, deren Last wir seit Jahren beklagen, denen wir aber wegen des bestehenden Pflichtcharakters nicht ausweichen können.

Waren die Jahre 2014 und 2015 durch heftige politische Scharmützel um die Sekundarschule im Schotthock gekennzeichnet, so lässt sich nunmehr feststellen, dass die Einsicht in die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Schul- und Bildungslandschaft für die Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland, aber eben auch des Standortes Rheine inzwischen Raum gegriffen hat. Auch wenn die stolze Investitionssumme von 8 Mio. Euro + x von manchem hier in der Runde als unverantwortbar angesehen wurde und vielleicht von einigen noch so gesehen wird, so hat doch bei vielen die Erkenntnis Raum gewonnen, dass es eine wohlfeile Alternative bei gleichzeitiger Bewahrung von Mindestqualitätsstandards nicht gibt.

Es bleibt die Frage: Wo können wir Entlastung für unseren Haushalt schaffen, um auf Dauer die oben angeführten Tragfähigkeitsrisiken wenn nicht auszuschalten, so doch wenigstens zu minimieren. Nicht dass ich die Bemühungen der seit 2014 regierenden schwarz-grünen Ratsmehrheit verachte oder gering schätze, aber: Die zahlreichen Prüfaufträge an die Verwaltung, die von der schwarz-grünen Kooperative in den Jahren 2014 und 2015 auf den Weg gebracht wurden, um das plakative Ziel „10 Millionen in 10 Jahren“ zu erreichen, verlieren bereits jetzt an Schwung, weil sich nach anfänglicher Euphorie die Erkenntnis Platz schafft, dass in den immer kleinschrittiger werdenden Versuchen, „die ausgepresste Zitrone“ noch weiter auszupressen, nicht wirklich viel Ertrag zu finden ist. Als Beispiel möchte ich nur den Prüfauftrag über die Zweckmäßigkeit einer Erhöhung der Benutzungsgebühren für die städtischen Übergangsheime anführen. Abgesehen davon, dass wir von der Verwaltung in allen Bereichen auch ohne Prüfauftrag der Politik erwarten dürfen, dass Gebührensatzungen von Zeit zu Zeit überprüft und angepasst werden –in diesem Fall waren die Gebührensätze seit 20 Jahren unverändert- unabhängig davon waren die aus diesem Prüfauftrag erwachsenden Einnahmeverbesserungen weiß Gott kein Meilenstein auf dem Weg zur Haushaltskonsolidierung. Dennoch hat dieser Ansatz „10 Millionen in 10 Jahren“ seine Berechtigung, sei es auch nur der herauszufinden, welche Wege zur Haushaltskonsolidierung keine nennenswerte Verbesserung bringen.



Dass wir für 2016 mit einem gegenüber 2015 deutlich besseren Jahresergebnis dastehen, ist in erster Linie den –verglichen mit dem Vorjahr- um rund 14 Millionen Euro höheren Erträgen zu verdanken, bei den Aufwendungen wird die Kurve erst in den nächsten Jahren flacher. Berücksichtigt man die vielen Unwägbarkeiten im Bereich der Transferleistungen für das vor uns liegende Jahr, so bleibt abzuwarten, ob dieses vergleichsweise „günstige“ Jahresergebnis am Ende des Jahres Bestand haben wird.

Dennoch bleibt mir abschließend festzustellen, dass mit dem vorliegenden Haushalt ein Weg vorgezeichnet ist, den die AfR mitgehen kann. Der gestern eingebrachte Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen weist jedenfalls in die richtige Richtung. „Wir konzentrieren uns mit denjenigen, die konkrete Schritte in Richtung Bürgerhaushalt und Partizipation in der Kommunalpolitik gehen wollen, auf die Umsetzung dieser Schritte“, habe ich vor einem Jahr zum Schluss meines Beitrages zum Haushalt 2015 gesagt. Schön, dass sich mit dem jüngsten Antrag von CDU und Grünen jetzt der Weg für ein neues Miteinander konkretisiert. Bei uns rennen Sie damit offene Türen ein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

An dieser Stelle möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die im November von einer breiten Mehrheit abgelehnte Initiative der FDP zur Einführung einer Nachhaltigkeitssatzung für uns noch nicht endgültig von der Tagesordnung ist. Der Kämmerer erklärte damals, dass die Zielsetzung, die damit verbunden ist, grundsätzlich richtig sei. Wenn wir auf dem Weg zur Haushaltskonsolidierung gemeinsam weiter vorangehen wollen, dürfen wir keines der zur Verfügung stehenden Instrumente ungeprüft ad acta legen.

Auch ein anderes positives Signal, dessen Umsetzung die AfR aus Überzeugung und Einsicht in die Notwendigkeit mitträgt, möchte ich nicht unerwähnt lassen. Die von unserem Bürgermeister vorgeschlagene Änderung des Geschäftskreises der Beigeordneten (TOP 16 der heutigen Ratssitzung) ist ein wichtiger und richtiger Schritt zu einer effizienteren Verwaltung bei gleichzeitiger Reduzierung des Aufwandes bei den Personalkosten. Dass der Bürgermeister selbst in nicht unerheblichem Maße Ressortverantwortung übernimmt und dadurch erst die Verringerung des Personalaufwandes ermöglicht, darf getrost als vorbildlich bezeichnet werden.

Wenn ich mich eingangs auf den „Tragfähigkeitsbericht“ der Bundesregierung bezogen habe, so wollte ich damit keine Schwarzmalerei betreiben, sondern allenfalls verdeutlichen, dass trotz zur Zeit (noch) positiver wirtschaftlicher Rahmenbedingungen kein Anlass zur Entwarnung für die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte gegeben ist. Der im vorliegenden Haushalt von Verwaltung und Politik vorgezeichnete Weg ist gangbar, das Ziel aber noch nicht erreicht.

Die AfR stimmt dem Gesamtstellenplan und dem Haushaltsplan der Stadt Rheine für das Jahr 2016 entsprechend den Beschlussvorlagen 004/16 und 52/16 zu.

Bedanken möchte ich mich abschließend auch im Namen meiner Fraktionskollegin und Stellvertreterin Birgit Marji bei Ihnen, Herr Bürgermeister, bei Ihnen, Herr Krümpel als dem Verantwortlichen für das vorgelegte Zahlenwerk und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die daran beteiligt waren.

Bei Ihnen liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und für die Geduld des Zuhörens.